

Presse-Erklärung Bündnis Solidarische Stadt Hamburg, 16.9.20

## **Andy Grote und der Senat wollen 500 Geflüchtete aus Moria aufnehmen? Wollen sie nicht!**

Am Freitag wird im Bundesrat über eine Initiative entschieden, die den Bundesländern die Aufnahme von geflüchteten Menschen ohne die Zustimmung des Bundesinnenministeriums erlauben soll. Der Hamburger Senat gab gestern bekannt, sich bei der Entscheidung enthalten zu wollen, weil die Initiative „aus rechtlichen Gründen nicht umsetzbar“ wäre.

Harald Möller-Santner vom Bündnis Solidarische Stadt Hamburg kommentiert: „Absurd! Es geht ja gerade um die Schaffung rechtlicher Grundlagen für souveräne Entscheidungen der Bundesländer! Die Umsetzbarkeit kann sich doch erst nach einem positiven Beschluss erweisen, den der Hamburger Senat durch seine Enthaltung offenbar verhindern will!“

Entgegen der Hoffnung, dass die grünen Senator\*innen sich für eine Unterstützung der Länder Berlin und Thüringen und damit für Solidarität mit den Geflüchteten stark machen würden, verkündete der Senats-Pressesprecher, man hätte den Beschluss „nach 1 Minute Diskussion“ gefasst. Nach entschiedenem Widerstand der Grünen klingt das nicht.

Am gleichen Tag bot Innensenator Andy Grote dem Bundesinnenministerium an, dass Hamburg sofort „bis zu 500 Menschen aus dem griechischen Flüchtlingslager Moria auf Lesbos aufnehmen“ könne.

Halten wir also fest: Hamburg will angeblich mehr Schutz Suchende aufnehmen, verzichtet aber darauf, selbst darüber entscheiden zu können, und erwartet eine Zuteilung vom Bund.

Wie glaubhaft ist also die vom Senat beteuerte Hilfsbereitschaft bei der Evakuierung von Moria?

Möller-Santner dazu: „Was soll Grotes ´Angebot´, 500 Geflüchtete aus Moria aufzunehmen, wenn der Senat gleichzeitig Seehofer die Entscheidung überlässt? Der will doch ausdrücklich nur 1700 Menschen nach Deutschland holen! Glaubt Grote im Ernst, dass davon 500 nach Hamburg kommen können? Natürlich glaubt er das nicht! Und deshalb ist es pure Heuchelei und eine vorgetäuschte Hilfsbereitschaft. Dem Senat geht es darum, sich aus der Verantwortung zu stehlen und nicht in Konflikt mit dem BMI zu geraten. Eine Enthaltung ist eine Stimme für die Abschottungspolitik Seehofers.“

„Wir sind maßlos enttäuscht und wütend. Wenn der Senat nicht den letzten Rest an Glaubwürdigkeit verspielen und statt dessen seine humanitären Grundsätze unter Beweis stellen möchte,“ so Harald Möller-Santner weiter, „dann sagen wir ihm: Wir haben nichts dagegen, wenn Hamburg mit einem Landesaufnahmeprogramm für 1000 Menschen anfängt, die in den Folterlagern Libyens gequält werden. Dafür gibt es bisher kein Veto vom BMI. Und von der EU mitverschuldete Not gibt es wahrlich genug an den Außengrenzen Europas.“

„Das wird aber keinesfalls etwas daran ändern, dass wir auf eine sofortige Evakuierung der Hotspots auf den griechischen Inseln und eine Umverteilung der in Griechenland festgehaltenen Geflüchteten auf aufnahmewillige Länder und Kommunen bestehen. Jeder Tag zählt, denn die Situation auf den ägäischen Inseln eskaliert stündlich und Auseinandersetzungen mit tödlichem Ausgang werden immer wahrscheinlicher. Wer sich einer humanen Politik in dieser Lage entgegenstellt, macht sich mitschuldig an den Folgen.“

Das SoliStadt-Bündnis ist ausdrücklich für humanitäre Alleingänge Deutschlands und Hamburgs. Der von der Bundesregierung im Koalitionsvertrag vereinbarte "Korridor" von 150.000 bis 200.000 aufzunehmenden Menschen auf der Flucht wird seit Jahren bei weitem verfehlt. Es gibt mithin ausreichend Platz für Geflüchtete aus Griechenland.

Auch Hamburg hat Platz!

Rückfragen bitte an

Harald Möller-Santner, 0172-6111033

--

Koordinierungsgruppe

Bündnis Solidarische Stadt Hamburg

<https://solistadt.hamburg/>

<https://www.facebook.com/solistadthamburg/>

<https://www.facebook.com/groups/859299027773893/>

## **17.9.20: Nachtrag zur Pressemitteilung vom Bündnis Solidarische Stadt Hamburg von gestern**

Es kommt vor, dass man eines Besseren belehrt wird und sich darüber aufrichtig freut. Gestern Abend lernten wir, dass unsere Einschätzung, die Grünen hätten sich nicht wirklich für Solidarität stark gemacht, falsch war. Ihre Presse-Erklärung, die sie am Abend gemeinsam mit der Grünen Jugend verbreiteten, ist der überzeugende Gegenbeweis. Diese sehr eindeutige Stellungnahme gegen einen Senatsbeschluss verdient große Hochachtung.

Wir freuen uns sehr darüber, dass es nun nach der Linksfraktion eine zweite Fraktion in der Bürgerschaft gibt, die sich ohne Wenn und Aber für das Recht von Bundesländern einsetzt, eigenständige Aufnahmeprogramme für Schutz Suchende durchzuführen.

Es kommt jetzt alles auf die SPD an. Sie wäre gut beraten, der Ankündigung von Andy Grote, 500 Geflüchtete aus Griechenland aufnehmen zu wollen, schnellstens Taten folgen zu lassen. Besser noch wäre die doppelte Anzahl, wie es seit Jahren von einer wachsenden Zahl von Organisationen, Gewerkschaften, Kirchen, Vereinen, Einrichtungen und Initiativen gefordert wird. Die große Mehrheit der Stadtgesellschaft würde dies begrüßen und mittragen.

Wenn die SPD ein Stück Glaubwürdigkeit zurückgewinnen will, dann hat sie jetzt eine Chance dazu. Sie müsste ihre Haltung zur Bundesratsinitiative ändern, der Senat müsste am Freitag mit ja stimmen und dann sofort ein eigenes Landesaufnahmeprogramm beschließen.